

## SVP-Arbeitnehmer begehren auf

## Der offene Brief an den Obmann

Sonntag, 14. April 2019 | 10:16 Uhr



Schriftgröße

Bozen – Mehrere SVP-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmer, Lehrpersonen und Gewerkschaftsmitglieder wenden sich in einem offenen Brief an SVP-Obmann Phillip Achammer, um „mit Nachdruck die Forderungen der Schulgewerkschaften“ zu unterstützen und Stellung zu nehmen.

Unterzeichnet wurde der Brief von Beatrix Burger (SSP Meran Stadt), Zeno Christanell (Gymme Meran), Klaus Götsch (LBS Handwerk/Industrie Bozen), Johannes Kofler (Gymme Meran), Maria Kofler (OSZ Schlanders), Rosmarie Pamer (SSP St. Martin i.P.), Barbara Pircher (WFO F. Kafka Meran), Sonja Anna Plank (SSP Meran Obermais), Thomas Plattner (FOS M. Curie Meran), Manuel Raffin (WFO H. Kunter Bozen), Valentin Stocker (SSP Naturns), Jutta Telser (Gymme Meran), Kunhilde von Marsoner (SSP Schlanders) und Monika Wielander (SSP Schlanders).

Aktuelle ASTAT-Zahlen sowie die Erhebungen des AFI würden belegen, dass es in Südtirol in den letzten Jahren einen realen Kaufkraftverlust von bis zu zehn Prozent gegeben habe, heißt es in dem Brief. „Vor allem Menschen in familienfreundlichen Teilzeitstellen sind von diesem Kaufkraftverlust betroffen, der sich zudem nachhaltig auf deren Rentenposition auswirken wird. Seit über zehn Jahren wurden auch die Löhne der Lehrpersonen nicht mehr an die wirklichen Lebenshaltungskosten angepasst.“

Viele Lehrpersonen würden außerdem einen bedeutenden Teil ihres Gehaltes in die Qualität des Unterrichts investieren – sei es für die Ausstattung des Arbeitsplatzes, die Anschaffung von Unterrichtsmaterial oder auch den Besuch persönlicher Fortbildungen. Dies werde alles nicht vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt bzw. bezahlt und sei auch nicht steuerlich absetzbar. Dieser Besonderheit müsse Rechnung getragen werden.

„Zudem herrscht im Bildungsbereich nachweislich ein massiver Fachkräftemangel. In diesem Schuljahr standen an den deutschsprachigen Grund-, Mittel- und Oberschulen 1702 Stellen für die befristete Aufnahme zur Verfügung, davon wurden nur 48 Prozent gewählt. Das bedeutet, dass über die Hälfte dieser Stellen an Personal vergeben werden musste, welches nicht die Voraussetzung hatte, in die Landesranglisten aufgenommen zu werden. In keinem anderen so hochspezialisierten Berufsprofil wäre eine ähnliche Situation vorstellbar. Lehrpersonen absolvieren eine aufwendige universitäre Ausbildung und stellen sich einer hoch komplexen Arbeitsrealität. In Kombination mit den geringen Karrierechancen und einer unangemessenen Entlohnung hat der Beruf in den letzten Jahren sehr an Attraktivität verloren“, erklären die Unterzeichner des Briefs.

Gleichzeitig sei nur ein gutes öffentliches Bildungssystem Garant für Chancengerechtigkeit und eine faire Gesellschaft. Deshalb müsse eine klare Aufwertung des Berufsbildes erfolgen, um die Leistung der Lehrpersonen zu honorieren und die Arbeit in den Schulen wieder attraktiver zu machen.

Aus diesem Grund fordern die Unterzeichner des Briefs die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen für das wirtschaftliche Triennium 2019-21, um den angeführten Punkten gerecht zu werden, die im Wortlaut wiedergegeben werden:

1. Die Anpassung der Löhne um mindestens 10%, damit zum einen der ehrliche Ausgleich des erfahrenen Kaufkraftverlustes aus den letzten Jahren erfolgt. Zum anderen um den Mehrleistungen und Mehrbelastungen gerecht zu werden.
2. Die ökonomische Gleichstellung der Lehrpersonen mit den Landesbediensteten, um die zweijährigen Vorrückungen zu ermöglichen; die Blockade der Landeszulage nach der dritten Position aufzuheben; die Benachteiligung bei der Berechnung von Abfertigung und Pension auszugleichen und die Möglichkeit der Anzahlung auf die Abfertigung zu gewährleisten.
3. Der in den letzten Jahren stark gewachsenen Arbeitsbelastung (durch Migration, Inklusion, Digitalisierung) an den verschiedenen Schulstufen Rechnung zu tragen und durch neue Unterrichtsmodelle unter Einsatz von mehr Personal und Umschichtung vorhandener Ressourcen eine Entlastung vorzunehmen.
4. Die Vergabe von Lehrstellen an Personal ohne entsprechende Voraussetzung auf ein überschaubares Ausmaß (evtl. durch eine gesetzliche Quote) zu reduzieren, um die Qualität der Bildung langfristig garantieren zu können.
5. In Analogie zur „Carta del Docente“, welche auf Staatsebene bereits seit 5 Jahren existiert, Auszahlung von finanziellen Beiträgen für den Ankauf von didaktischem Material und elektronischen Medien sowie die Inanspruchnahme von persönlichen Fortbildungsangeboten.



Während der letzten Wirtschaftskrise habe die Landesregierung Maßnahmen gesetzt und zum Beispiel den IRAP-Regelsatz auf 2,68 Prozent reduziert, das entspreche einer Steuerbegünstigung für die Arbeitgeber von fast 90 Millionen Euro pro Jahr. „Auch wir als SVP-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmer haben Schritte zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes unterstützt.“ Nun seien diese aber teilweise anachronistisch und entsprechend zu überprüfen, um Ressourcen für einen besseren sozialen Ausgleich zu erhalten.

„Wir sind uns sicher, dass deine angekündigte Dialogbereitschaft ehrlich ist und dass bald deutliche Signale erfolgen werden – damit die augenscheinliche Ungleichbehandlung beendet wird“, heißt es abschließend in dem Brief an den Obmann.



<https://www.suedtirolnews.it/politik/der-offene-brief-an-den-obmann>